



Unterstützung: Seite 2. 8. - u. 10 % Subsidien. ...

„Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“ erscheinen wöchentlich zweimal. ...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Mittwoch, 27. Oktober 1920 49. Jahrgang Nr. 492 - Ausgabe A Nr. 257

Frankreich für eine Sachverständigenkonferenz in Brüssel. „Entgegennahme der deutschen Vorschläge.“

Frankreich für eine Sachverständigenkonferenz in Brüssel. „Entgegennahme der deutschen Vorschläge.“

Bourgeois habe deshalb selbst zwei Delegierte gewählt, die ihn nach Genf begleiten sollen: antoniemo Viviani und Paul Apel.

Der Kampf gegen den Schmuggel im besetzten Gebiet.

Artikel 162 des Versailler Vertrages. Von (Nachdruck verboten.) Dr. Paul Michaelis.

Nach den „Times“ hat die letzte Note Frankreichs an England über den Weg, auf dem die deutsche Kriegentschädigung festzustellen ist, folgenden Inhalt: 1. Es wird eine Sachverständigenkonferenz der Hauptmächte, Belgien eingeschlossen, einberufen, die von dem Wiedergutmachungsausschuss berufen wird und die deutschen Vorschläge (Proposals), die von den deutschen Sachverständigen vorgelegt sind, untersucht; 2. der Wiedergutmachungsausschuss macht auf Grund dieser Konferenz einen Bericht an die alliierten Regierungen; 3. die alliierten Regierungen prüfen diese Berichte an der Konferenz in Genf; 4. die deutschen Vertreter werden dorthin berufen, um, wie in Spaas, zum Thema gehört zu werden. ...

Die merkwürdige Nachricht, daß Lloyd George alle verbündeten Ministerpräsidenten auffordern wolle, an der Sitzung des Völkerbundes in Genf teilzunehmen, ist gestern von englischer Seite bezweifelt worden, wird aber von der Pariser Presse auch heute noch ernst genommen. Selbstverständlich ist man in Paris über den neuen Einfall des englischen Staatsmannes geradezu entsetzt, und alle Blätter erklären, daß Herr Georges sich dieser Genfer Reise nicht anschließen dürfe. Als Grund der Weigerung wird angegeben, daß durch den Schritt Lloyd Georges der erste Anstoß dazu gegeben werden könnte, die Souveränität des verbündeten Obersten Rates dem Völkerbund zu übertragen, in dem jetzt schon die Neutralen sitzen und die Deutschen vielleicht bald sitzen werden. ...

Die Zustände an der deutsch-holländischen Grenze, die in meinem letzten Bericht geschildert wurden, sind in jedem Betracht unerträglich. Eine Regierung, die sich selbst achtet und auch von anderen geachtet werden will, kann es sich nicht gefallen lassen, daß ihre gesetzlichen Verordnungen als leere Luft behandelt werden, und daß durch den Schmuggel die Reichs-kasse Tag für Tag um ungezählte Millionen geprellt wird. ...

Die Umstände, die diesen offenbar dem Zweck, die englische Politik, Deutschland mitzuteilen zu lassen, mit dem französischen Standpunkt zu vereinigen, daß die letzte Entscheidung bei der Wiedergutmachungsausschuss liegen muß. Im „Echo de Paris“ befragt sich Bertinax von neuem über den Völkerbund, der eine Gefahr für Frankreich bildet. ...

Der Völkerbundsrat beschätzte sich gestern vormittag mit dem Ergebnis der Brüsseler Finanzkonferenz, über die Bourgeois Bericht erstattete. Es wurde die Schaffung eines ständigen Bureaus zum Studium der Finanzfragen beschlossen. ...

Ist es möglich, daß die Mißstände an der deutsch-holländischen Grenze im besetzten Gebiet einen so juristisch Umfang annehmen konnten? Man kommt der Wahrheit näher, wenn man berücksichtigt, daß noch vor einiger Zeit an der deutsch-holländischen Grenze rechts des Rheins ähnelnde Zustände herrschten. ...

Wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Polen.

Weitere Feilschlagnahme deutscher Binnenfrachtschiffe. Wie wir vor einiger Zeit berichteten, hat die polnische Regierung in Polen über 200 deutsche Frachtschiffe und Dampfer, die im Weke-Distrikt seit Ausbruch der Revolution interniert sind, und die trotz des wiederholten Verlangens der Reichsregierung nicht zurückgegeben wurden, enteignet und zu Kriegszwecken gegen Rußland benutzt. ...

Rücktrittsgejud des österreichischen Geldrenten.

Der deutsch-österreichische Gesandte Professor Dr. Hartmann hat keine Demission gegeben. Der Schritt Dr. Hartmanns, der nach dem Ausfall der Wahlen in Deutsch-Österreich und der provisorischen Übernahme der Leitung des Außenministeriums durch den christlichsozialen Staatssekretär Mayer nicht überraschend kommt, wird überall in Deutschland das lebhafteste Bedauern hervorgerufen. ...

Wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Polen.

Man herrschen im Jahre 1913 an der holländischen Grenze ruhige und normale Verhältnisse, so daß auch die Zahl der Zollbeamten dort verhältnismäßig niedrig angesetzt werden konnte. Den jetzigen Mißständen entsprechen sind die nach dem damaligen Zustande bemessenen Zollbeamten nicht im entferntesten genügend. ...